

Stellungnahme Bürgerforum Backnang (BfB) zum Haushaltsplanentwurf 2018

Ich grüße Herrn Oberbürgermeister Dr. Nopper, Herrn Ersten Bürgermeister Janocha, die gesamte Stadtverwaltung, meine werten Kolleginnen und Kollegen Stadträte sowie die anwesenden Damen und Herren und die Presse, wir sind heute zusammengekommen, um den Haushalt zu diskutieren. Jede der anwesenden Fraktionen, die einer Partei zuzuordnen ist, blickt häufig durch ihre eingeschränkte politische Brille auf Backnang und hat dementsprechend Vorschläge für den Haushalt gemacht.

Alle vom Bürger als positiv empfundene Investitionen führt die CDU auf ihre Leistungen zurück. In der Haushaltsrede der CDU wird gelobt, sich allseitig bedankt und alle nur erdenklichen Themen am Rande gestreift. Man kann bei der Haushaltsrede der CDU den Eindruck gewinnen, es handle sich um einen Wunschzettel für Jedermann. Passend in die Vorweihnachtszeit. Die SPD hat versucht soziale Gerechtigkeit in ihr Profil einzubauen, wobei sich die Genossen immer noch nicht klar darüber sind, was genau Gerechtigkeit bedeutet. Die Grünen haben den Feinstaub und die Stickoxide in Backnang entdeckt und rücken die Integration mit Familiennachzug in den Mittelpunkt. Auf die Lösungsvorschläge der Grünen bin ich gespannt. Schon allein für die Unterkunft von derzeit 420 Personen in der Anschlussunterbringung hatten sie keine Ideen. Im Jahr 2018 werden es mindestens 800 Personen sein. Alle drei Fraktionen sind sich einig: Für Backnang läuft eigentlich alles gut.

Doch das tut es nicht. Backnang hat reichlich ungelöste Herausforderungen. Hierfür muss man aber die politische Brille abnehmen und dafür die Brille der Vernunft und des wirtschaftlichen Handelns aufsetzen. Wir betreiben bereits einen erheblichen finanziellen Aufwand für die unvermeidbaren Anforderungen bei Kindergarten- und Kleinkindbetreuung sowie Modernisierung unserer Schulen.

Zusätzlich müssen wir auf die Hauptherausforderungen eingehen: Entwicklung von Wohnquartieren, Vermeidung des Verkehrskollaps und zu allem Ärgernis die uns vom Bund auferlegte Flüchtlingsproblematik die nicht zum Verhängnis unserer eigenen Bevölkerung werden darf.

Ausgaben Stadt Backnang / Karl-Euerle-Halle

Der Haushalt 2018 stellt uns vor eine große Herausforderung. Hohe Ziele können nicht wie erhofft verwirklicht und nötige sowie geforderte Investitionen müssen zurückgestellt werden. Dieses Jahr haben wir einen erheblichen Einbruch bei der Gewerbesteuer zu verkraften. Sollten noch weitere Einbrüche in den nächsten Jahren folgen, haben wir ein ernsthaftes Problem.

Das Bürgerforum Backnang hat den Abriss und den Neubau der Karl-Euerle-Halle in der zum Beschluss vorgestellten Form nicht unterstützt. Eine Renovierung als Schulsport- und Vereinshalle ist ausreichend. Die Ausgaben für den Neubau werden außer Kontrolle geraten. Wir rechnen mit einer Kostenexplosion, alleine durch eine Verteuerung der Bauleistungen um 30%. Dies mussten wir erst vor kurzem schmerzhaft bei der Erneuerung der Aspacher Brücke

hinnehmen. Wir müssen konsequenter Weise das zwingend notwendige Parkhaus, welches für 1500 Zuschauer ausreichend dimensioniert sein muss, hinzurechnen. So kommen wir von 11.6 Mio. € auf bis zu 20 Mio. € Investitionskosten. Zuschüsse werden uns nicht in der Höhe wie erhofft zugesprochen.

Wir fordern dringendst diese Maßnahme in der geplanten Form zu überdenken. Die Stadt erspart sich damit viele Millionen und bleibt finanziell gesund! Wir zitieren aus dem Haushalt unseres Oberbürgermeisters Dr. Frank Nopper: „Wir sollen heute nicht das verjübeln, was unseren Kindern und Kindeskindern zusteht.“ Weniger ist manchmal mehr - der Abriss muss gestoppt werden.

IBA 2027 - Prestigeprojekt Kaelble-Areal und Umfeld

Seit Jahren tritt Backnang als Murr-Metropole in der Region auf. Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper steht der Marke Backnang vor und dies gelingt ihm hervorragend. Eine weitere Aufwertung findet durch die Bauentwicklung „Kronenhöfe“ in der Innenstadt statt und würde gipfeln mit einem städteplanerischen Prestigeprojekt und einer damit verbundenen Teilnahme an der Internationalen Bauausstellung 2027 (kurz: IBA 2027). Backnang hätte die Flächen mit dem Karl-Kaelble-Areal und seinem Umfeld – nun braucht es auch Visionen: Denkbar wäre diese große innerstädtische Fläche zusammen mit Herrn Püttmer, einem erfahrenen Investor und einem Architekten Jahn mit internationaler Reputation zu gestalten.

Die Ausweitung der IBA 2027 auf die StadtRegion Stuttgart gibt der Stadt Backnang die einmalige Möglichkeit Teil einer großen architektonischen Idee zu werden, die dann auch umgesetzt werden kann.

Für alle, diejenigen die mit Idee der IBA nicht vertraut sind: Die IBA ist eine einmalige Architektur- und Städtebauausstellung, mit denen Deutschland bereits zu internationaler Anerkennung gelangt ist. Eine ganz besondere Strahlkraft erreichten IBA's durch hervorragende gebaute Beispiele wie die Weißenhofsiedlung der IBA Stuttgart 1927, das Hansaviertel der IBA Berlin 1957 oder der Zeche Zollverein IBA Emscher Park 1999.

Ein erster, äußerst attraktiver Entwurf zum Kaelble-Areal des Architekten Helmut Jahn wurde der Stadt bereits vorgestellt. Eine Wedding-Hall für überregionale und große Feiern wollen wir nicht, dafür eine Kultur- Sport und Tagungshalle im Rahmen des gemeinsamen Projekts. Es muss unser Ziel sein, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Investor Herrn Püttmer, ein städtisches Areal entwickelt, das der gesamten Stadt und allen Bevölkerungsteilen zu Gute kommt. Wenn sich die Verwaltung der städtebaulichen Bedeutung des Areals bewusst ist, dann nimmt sie positiven Einfluss. Grundlegende Voraussetzung für ein Gelingen ist es, dass alle Betroffenen der Verwaltung und des Stadtrates persönliche Befindlichkeiten zurückstellen.

Backnang kann sich glücklich schätzen, dass Herr Püttmer den Stararchitekten Jahn an der Hand hat. Nur mit Einbindung von Herrn Jahn in das IBA Projekt 2027 hat Backnang eine realistische Chance an der Bewerbung teilzunehmen. Wir appellieren an alle Stadträte dieses lukrative Zukunftsprojekt zu unterstützen. Hier ist Zusammenarbeit gefordert. Es gilt der alte Spruch: „Das Wohl der Stadt und der Bürger geht vor!“

Hochschule in Backnang

Die Planung einer Hochschule für Ingenieurwesen auf dem ehem. Kaelble-Areal muss von der Stadtverwaltung dringend unterstützt werden. Die Realisierung wird eine bedeutende Aufwertung der Murr-Metropole Backnang mit sich bringen. Backnang verträgt eine Belebung und Verjüngung des Stadtbildes.

Sicherheit

Wir loben die Verbesserung des Sicherheitskonzeptes in unserer Stadt. Durch die motivierte Arbeit der ortsansässigen Polizei haben wir im Rems-Murr-Kreis eine überdurchschnittliche Anzeigenquote. Unser Antrag zum Haushalt von 2016 wird nun durch die Stadtverwaltung erfolgreich umgesetzt, indem zwei weitere Mitarbeiter der Ordnungspolizei eingestellt sind. Damit wird der gestiegenen Kriminalität entgegengewirkt. Die vermehrte Präsenz der Ortspolizei wird die Sicherheit weiter erhöhen. Dafür bedanken wir uns.

Die Bürger, vor allem unsere Frauen, äußern immer wieder Ängste, man fühlt sich zunehmend unsicher und häufig auch bedroht. Man schaut in der Nacht hinter sich! Wie bereits im Haushalt 2016 fordern wir eine weitere Ausarbeitung des Sicherheitskonzeptes. Die Stadt Backnang nimmt die lokale Polizei-Präventionsmaßnahmen des Bundes und der Länder auf. Durch mehr Informationsoffensive "Aktion-tu-was" und „Vorsicht! Wachsender Nachbar“ soll mit Hilfe der Polizei innerhalb der Bevölkerung das Bewusstsein für mehr Solidarität und größere Hilfsbereitschaft gestärkt werden.

Krankenhaus

Ist eigentlich allen Stadträten bewusst, was mit den Rems-Murr-Kliniken in Winnenden passiert? 2008 wurde uns suggeriert, dass sich der Kreis ein jährliches Minus der Krankenhäuser Backnang und Waiblingen von 10 Mio. € nicht auf Dauer leisten kann. Ein neues profitables Krankenhaus musste geplant werden. Eine schwarze Null, wäre nach wenigen Jahren zu erwirtschaften. Die Sumpfklinik wurde gebaut. Jetzt haben wir für 2016 ein Minus von 24 Mio. € für den Geschäftsbetrieb. Zusätzlich zahlt der Kreis noch 20 Mio. € jährlich Zins und Tilgung. Fazit: Der Kreis bleibt Schuldenspitzenreiter in BW.

Unsere Fraktion wechselt gerne mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Nopper zu dem, ihm immer sympathischer werdenden Nachbarlandkreis Ludwigsburg. Wir könnten uns im Jahr 2018 schon 3,8 Mio. € an Kreisumlage sparen.

Verkehr

Ein großes Lob an das Stadtplanungsamt, welches sich der schwierigen Verkehrs- Rad- und Fußwegsituation widmet. Eine zügige Umsetzung der Lösungsvorschläge ist dringend erforderlich, damit wir vom Stillstand zur Fortbewegung gelangen. Wir wollen keine Stauplanung, sondern eine Lösung für einen flüssigen innerstädtischen Verkehr.

Stellen wir uns vor unserem geistigen Auge die Strecke vom Kreisel der Feuerwehr bis hin zum Bleichwiesenkreisel, als auch die Weissacher Straße bis hin zum KAWAG-Kreisel vor. In den Hauptverkehrszeiten läuft nichts mehr. Wie bekommen wir zum Beispiel trielende Fußgänger (hier die Betrachtungsweise der Autofahrer) in die Unterführung des Bleichwiesenkreisels gelenkt? Eine der vielen Herausforderungen für das Stadtplanungsamt.

Die leidige und geldverschwenderische Forderung nach Gutachten für eine Kreisverkehrslösung an der Kreuzung Sulzbacher Straße/Berliner Ring muss endlich beendet werden. Stattdessen fordern wir, dass eine intelligente Ampelregelung mit gleichzeitiger Vereinfachung programmiert wird. Im Moment haben wir in 5 von 6 Schaltperioden rot.

Unser Lösungsvorschlag lautet: Geradeausverkehr und Querverkehr haben abwechselnd grün. Zwei Ampelperioden sind genügend! Die Bayern machen uns das vor!

Annonay-Park

Der Park wird sehr gut besucht, wesentlich besser als erwartet. Wir bedanken uns bei den anderen Fraktionen, dass sie unseren Antrag aus dem Haushalt 2016 zur erweiterten sportlichen Nutzung, nicht nur eine Spielwiese für Kleinkinder zu entwickeln, unterstützt haben. Die Bevölkerung fordert dringend eine nahegelegene Toilettenanlage, obwohl wir es aus Kostengründen zunächst nicht vorgesehen hatten. Es bietet sich ein Bau beim Feuerwehrgebäude an.

Belegungsplan in unseren Sporthallen / Ausweitung der Trainingsmöglichkeiten

In Backnang können Trainings- und Gesundheitsziele im Sport nicht erreicht werden, da die Sporthallen in den Ferien und damit über 3-4 Monate im Jahr geschlossen werden. Auch sind die Bedarfe der Volkshochschule an Räumlichkeiten viel höher als zunächst angenommen – diese Kapazitätsengpässe an fehlenden Räumlichkeiten könnten durch die Bereitstellung von Sporthallen ausgeglichen werden.

Wir fordern, die Ausweitung der Öffnungszeiten in unseren Sporthallen. Sie dürfen nur während der Sommerferien maximal 4 Wochen geschlossen werden. Welche kostengünstige Umsetzung kann uns die Verwaltung vorschlagen um dies in Backnang endlich zu realisieren?

Kulturgut Streuobstwiesen

Viele Streuobstwiesen werden nicht mehr gepflegt und die Obstbäume sind von einer Mistelplage befallen - es droht die Abholzung und sie werden aus unserem Sichtfeld verschwinden. Bei den Besitzern fehlen notwendige Maschinen und Geräte, da sich ein Kauf für die „Stücklesbesitzer“ nicht lohnt. Wir müssten in den Bauhof investieren, um Profigeräte anzuschaffen, welche ausgeliehen werden können. Somit könnte dieses Kulturgut nachhaltig unterstützt werden.

Himmelsleiter

Zu unserer Verwunderung kommt statt der Himmelsleiter nur ein schwer begehbarer Trampelpfad. Statt eines steilen Bergpfades für wenige fordern wir die Wiederherstellung der altbewährten „Stäffele“ für viele.

Fraktionsanträge

Erfreulicherweise wurden unsere Fraktionsanträge der letzten Jahre gut bearbeitet, jedoch nicht so, wie wir es uns wünschen würden. So geht es sicherlich auch den anderen Fraktionen. Wir bitten zukünftig innerhalb einer Haushaltsperiode zumindest schriftlich über den Sachstand der eingegangenen Anträge zu informieren.

... und zu guter Letzt:

Die vorweihnachtliche Besinnlichkeit findet in kaum einem Terminkalender noch Platz.

Grund genug einen Moment inne zu halten und zu überprüfen, ob Neuem nicht der Weg freigemacht werden kann.

Ich schließe mit einem Zitat von Dalai-Lama "Veränderung ist immer möglich. Wir müssen sie nur wollen und danach handeln." und wünsche eine ideenreiches und kraftvolles Jahr 2018.

Anträge zum Haushalt 2018 – Bürgerforum Backnang (BFB)

Antrag 1: Wir fordern eine weitere Ausarbeitung des Sicherheitskonzeptes indem die lokalen Polizei- Präventionsmaßnahmen des Bundes und der Länder aufgenommen werden. Durch mehr Informationsoffensive "Aktion-tu-was" und „Vorsicht! Wachsender Nachbar“ soll mit Hilfe der Polizei innerhalb der Bevölkerung das Bewusstsein für mehr Solidarität und größere Hilfsbereitschaft gestärkt werden.

Antrag 2: Durch hohe Gewerbesteuererlösebrüche in diesem Jahr, sind wir als Stadträte gefordert und müssen den getroffenen Entschluss zum Abriss und für den Neubau der Karl-Euerle-Halle überdenken. Eine neue Entscheidung muss getroffen werden, auch in Anbetracht dessen, dass die erhofften Zuschüsse nicht wie berechnet fließen werden.

Wir stellen den Antrag zum Erhalt der derzeit 3- teiligen Karl-Euerle-Halle und fordern eine zweckmäßige Sanierung und Erweiterung für den Schul- und Vereinssport. Von den im Haushalt bis 2021 hierfür eingestellten 11.6 Mio. € ist nur ein Teil für eine hochwertige Sanierung notwendig.

- A. Wir fordern eine Neuberechnung der Erstellungs- und Planungskosten für den bereits beschlossenen Neubau.
- B. Wir bitten um eine Darstellung der Kosten für eine notwendige Parkierung für 1500 Zuschauer sowie um Information, an welcher Stelle diese Parkierungsfläche erstellt werden soll.
- C. Wir bitten um Prüfung in welcher Form ein Anbau zur Erweiterung der derzeit bestehenden Halle möglich ist. Wir fordern ein alternatives modernes Konzept, welches Fitness- Kraft- und Gymnastikräume, eine Kletterwand oder eine Bewegungslandschaft beinhaltet.

Antrag 3: Die Verantwortlichen der Stadt Backnang haben die Aufgabe die große innerstädtische Fläche Kaelble-Areal und Umfeld einer positiven Nutzung zuzuführen. Wir appellieren an die Stadtverwaltung dieses lukrative Zukunftsprojekt gemeinsam mit dem Investor Herrn Püttmer zu realisieren und konstruktiv zu unterstützen. Der Kontakt zur Region und der Landesregierung muss im Focus stehen.

- A. Die Verantwortlichen der Stadt Backnang mögen die Möglichkeiten eruieren, in wie weit man sich mit städtebaulichen Planungen an der internationale Bauausstellung IBA 2027 StadtRegion Stuttgart beteiligen kann und informieren kontinuierlich den Gemeinderat über den Sachstand.
- B. Wir fordern, dass die Verantwortlichen der Stadt Backnang mit dem Investor Herrn Püttmer und dem Architekten Herrn Jahn in Gespräche eintreten, um an dem Wettbewerb IBA 2027 teilzunehmen. Zusätzlich wünschen wir eine umgehende Berichterstattung.
- C. Die notwendigen Zahlungsmittel sind aus anderen Haushaltsposten umzuwidmen.

Antrag 4: Die Verwaltung nimmt Kontakt zum Investor Püttmer auf und bittet um eine Präsentation des Hochschulstandorts Backnang in einer der nächsten Gemeinderatsitzungen. Wir fordern die Stadtverwaltung zu einem Sachstandsbericht „Hochschule für Ingenieurwesen“ auf dem Kaelble-Areal bzw. Umfeld auf.

Antrag 5: Wir fordern die Verwaltung und unseren Oberbürgermeister Dr. Nopper persönlich auf, einen Wechsel zum Nachbarlandkreis Ludwigsburg zu prüfen:

- A. Welche finanziellen Konsequenzen hätte dies zur Folge unter Berücksichtigung der jährlichen Einsparung von 3,8 Mio. € allein bei der Kreisumlage?
- B. Wir bitten um Darstellung einer möglichen Vorgehensweise in dieser Angelegenheit.

Antrag 6: Der Verkehrsfluss wird im Bereich der Kreisel von der Feuerwehr bis hin zum Bleichwiesenkreisel durch Fußgänger stark beeinträchtigt.

- A. Die Stadtverwaltung prüft eine deutliche Verlagerung der Zebrastreifen weg vom Kreisverkehr, verbunden mit Barrieren, welche die Fußgänger zwingen die Zebrastreifen bzw. die bestehende Unterführung zu verwenden.
- B. Wir fordern die Stadtverwaltung auf dieses Verfahren auch für andere Kreisverkehre zu prüfen, ggfls. umzusetzen.

Antrag 7: Es ist eine Verkehrslösung für den Kreuzungsverkehr Sulzbacher Straße / Berliner Ring notwendig. Wir fordern die Umsetzung einer bereits bewährten Lösung, wie nachfolgend dargestellt, um den Verkehrsfluss deutlich zu verbessern: Eine intelligente Ampelregelung reduziert bei Verkehrskreuzungen die Anzahl der Ampelperioden auf zwei. (Geradeausverkehr und Querverkehr haben abwechselnd grün).

Begründung: Die Längen der einzelnen Phasen sind in einem Signalzeitenplan festgelegt oder sie werden verkehrsabhängig gesetzt. In den Zeitfenstern zwischen den Grünphasen der unterschiedlichen Fahrbeziehungen müssen die kritischen Verkehrsflächen (Konfliktflächen) geräumt werden. Diese Zeiten heißen Zwischenzeiten und werden nach den Räumwegen, Einfahrwegen und Geschwindigkeiten berechnet.

Es ergibt sich eine variable Umlaufzeit aus der Summe der einzelnen Ampelphasen. Durch eine steigende Anzahl von Ampelphasen wird die verbleibende durchschnittliche Grünphase pro Spur erheblich reduziert. Geringere Zeiten für die Grünphase reduzieren verständlicherweise daher auch den Verkehrsdurchsatz.

Beispiel: Eine Kreuzung mit separater Grünphase für Fußgänger, Geradeausverkehr und Linksabbieger benötigt 6 Hauptphasen. Hinzu kommen 6 Zwischenphasen. Bei gleichberechtigter Priorität der Verkehrsteilnehmer bedeutet dies, dass von der durchschnittlich zur Verfügung stehenden Zeit weniger als 16% eine Grünphase und mehr als 84% eine Rotphase ist.

Vorteil: Haben der Geradeausverkehr und der Querverkehr abwechselnd grün, steigt die durchschnittliche Phasenzeit einer Kreuzung auf ca. 48% grün und 52% rot. Dies ermöglicht eine deutliche Steigerung des Verkehrsdurchsatzes.

Antrag 8: Die Bevölkerung fordert dringend eine nahegelegene Toilettenanlage beim Annonay-Park.

- A. Wir fordern die Bereitstellung erforderlicher Mittel für die Umsetzung noch aus dem Haushalt 2018
- B. Wir bitten um eine Standortprüfung im Bereich des bestehenden Feuerwehrgerätehauses.

Antrag 9: Wir fordern die Ausweitung der Hallenöffnungszeiten sowie ein neues Belegungskonzept der städtischen Sporthallen. Die Sporthallen sollen nur während der Sommerferien für maximal 4 Wochen geschlossen werden. Die Verwaltung schlägt eine kostengünstige praktische Lösung vor.

Antrag 10: Wir fordern den Erwerb von Profigeräten für die Pflege der Streuobstwiesen und für die Mistelbekämpfung. Der Bauhof verleiht diese an Streuobstwiesenbesitzer.

- A. Versicherungen für freiwillige Helfer werden abgeschlossen.
- B. Die Verwaltung stellt verschiedene Gerätschaften dem Gemeinderat vor.
- C. Es werden nötige Mittel aus dem Haushalt 2018 entnommen.
- D. Sollte es nicht möglich sein, auch in Backnang eine Maschinenstation zur Pflege der Streuobstwiesen einzurichten, entwickelt das Kulturamt der Stadt Backnang umgehend ein Konzept zur Finanzierung und Pflege unserer Kulturlandschaft „Streuobstwiesen Backnang“. Sollte auch dies nicht möglich sein wird das Grußwort unseres Oberbürgermeisters auf der Webseite der Stadt Backnang umgehend gelöscht.

Antrag 11: Wir fordern, dass zukünftig innerhalb einer Haushaltsperiode, zumindest schriftlich, über den Sachstand der eingegangenen Anträge der Fraktionen informiert wird.

Antrag 12: Für die Landesregierung ist die Förderung des Ländlichen Raumes von zentraler Bedeutung. Die Stadt Backnang beteiligt sich an dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR). Die ELR ist das wichtigste Strukturprogramm des Landes. Über einen Aufnahmeantrag können sowohl kommunale als auch private Projekte gefördert werden. Wir fordern einen Aufnahmeantrag für die Ausschreibung Jahresprogramm 2018 an das ELR zu stellen:

- A. Für den Erwerb eines Kleinbusses, dieser wird die wohnortnahe Grundversorgung für die ältere Bevölkerung der Stadtteile deutlich verbessern, z.B. für notwendige Einkaufsfahrten.
- B. Für den Ausbau eines Asphaltweges in Maubach – der bestehende rutschige Trampelpfad zum einzigen Nahversorger Denzer.
- C. Die nicht gedeckten Mittel sind dem Haushalt 2018 zu entnehmen.

Antrag 13: Die Verwaltung organisiert 2x jährlich gemeinsam mit dem Seniorenrat und ausgewählten Mitgliedern des Gemeinderates einen runden Tisch zum Thema „Gesundheit für Senioren in Backnang“.

- A. Defizite und Probleme im Alltag sowie bei der Versorgung der älteren Bevölkerung sollen erörtert werden. (z.B. fehlende Handläufe, fehlende Sitzmöglichkeiten, etc.).
- B. Aktivierende und unterstützende Maßnahmen sollen gemeinsam initiiert werden (z.B. E-Bike Trainingswoche für Senioren, etc.)
- C. Aktivierende Maßnahmen für Alleinlebende (z.B. Fahrdienst, etc.)

Antrag 14: In Baden-Württemberg wird das Radwegenetz immer stärker ausgebaut. Fördermittel gibt es für alltagstaugliche Radwegekonzepte.

Der Radwegebeauftragte der Stadt Backnang wird aufgefordert den in Überarbeitung befindlichen Radwegeplan mit Anschluss an die Nachbargemeinden vorzutragen. Er nimmt Stellung zu unseren Anträgen der letzten Jahre. Die Verwaltung stellt ab dem Haushalt 2019 jährlich mindestens 100.000 € zur Umsetzung dieses Backnanger Radwegekonzeptes bereit und bewirbt sich um Fördermittel der Landesregierung.

Antrag 15: Sport hat eine wertvolle gesellschaftliche Aufgabe durch vielfältige positive pädagogische, soziale und gesundheitliche Auswirkungen. Auch in Backnang veränderten sich in den letzten Jahren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie z.B. die erweiterte pädagogische Betreuung in den Kindertagesstätten und den Ganztageschulen. Die demographische Entwicklung führte zu einer älter werdenden Bevölkerung mit großem Interesse an Bewegung und Gesundheit. Viele sportlich Aktive sind in Vereinen Mitglieder, aber ein zunehmender Bevölkerungsanteil betätigt sich nicht vereinsgebunden, sondern selbstbestimmt. Backnang muss sich diesen Veränderungen anpassen mit dem Schwerpunkt bewegungsfreundliche Lebenswelt.

Wir fordern die Fortschreibung des erfolgreichen Backnanger Sportentwicklungsplans 2000 für die nächsten Jahre, das heißt wir fordern den Sportentwicklungsplan 2020. Notwendige Mittel müssen dem jetzigen Haushalt entnommen und für die weiteren Jahre bereitgestellt werden.

Antrag 16: Backnang – Stuttgart - Backnang. Jeden Tag hören wir von den Staumeldungen in Richtung Stuttgart. Die S-Bahn ist zu den Stoßzeiten oft überlastet, sie läuft nicht regelmäßig und es kommt immer wieder zu ausfällen. Vernünftige schnelle Radwege fehlen - es droht der Verkehrsinfarkt. Der Bund verspricht zum 200. Geburtstag des Fahrrads 25 Mio. € zum Ausbau von Radschnellwegen und für Radwege 100 Mio. €. Das Fahrrad stellt für den Bürger eine wahre Alternative zum PKW-Stau und zum überfüllten Bahnverkehr dar. Wir fordern die Prüfung zur Erstellung eines Radschnellweges in Richtung Stuttgart und aufgrund der in Aussicht stehenden Fördermittel um eine zeitnahe Berichterstattung.